

Bezugspresse:  
Die Halle wöchentlich bei zweimaliger  
Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, durch die Post 22,50 Mark.  
einmalige Zustellungsgebühr. Der  
stellungen werden von allen Richtig-  
stellungen angenommen. Am  
sonstige Zeitungsanträge unter  
6 wöchentlich eingetroffen. Für  
unterzeichnet eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Zustimmung des Herausgebers ge-  
statet. Ferner: der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 11 3  
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Anzeigenpreise:  
Die 8 Spalten zu 36 mm breite Millimeter  
breite der oberen Reihe 80 Pf.,  
5 mm breite Millimeterweite  
zu 92 mm breite Millimeterweite  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle an. Sämtliche  
Anzeigengehälter Erfüllungsort  
6 alle, Erscheinung täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Halle, Neue Promenade  
1a, Dr. Braunsauitz 17.  
Redaktion Geschäftsstelle: Große  
Ulrichstraße 51 und Markt 2,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4604.

# Volks-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 563.

Halle, Donnerstag, den 2. Dezember 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

## Die Einziehung des Reichsnotopfers.

Das Abkommen mit Ungarn, der Tschechoslowakei und Oesterreich vor dem Reichstage / Vorlage des Sperrgesetzes für die Beamtenbesoldung / Neue Forderungen der Eisenbahner im Ruhegebiet / Einigung mit Frankreich über die Ablieferung der Milchkuhe.

### Entente und Einwohnerwehr.

Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, in welcher ernsten Gefahren Deutschland durch das starke Nationalistische Kampfbündnis an den Einwohnerwehren gebracht wird. Die „Münchener Zeitung“ erklärt durch ihren Berliner Dienst einige Einzelheiten über das bisher geheimgehaltene Ergebnis der Berliner Einwohnerwehrgesandtschaften, die der Wahrheit nachkommen dürften. Danach dreht sich die Verhandlung darum, ob die Einwohnerwehr in Bayern erhalten bleiben kann oder nicht, sondern darum, ob Bayern gegenüber dem Abkommen von Spa eine Sonderstellung einnehmen könne und dürfe. Das exzeptionelle Hervortreten der bayerischen Einwohnerwehren, vor allem die Schutztruppe, seien in Ententeverträgen als Propaganda angeseht worden. Von der Abfertigung sei dem bayerischen Ministerpräsidenten angeheut worden, daß Bayern in der Frage der Einwohnerwehr im Interesse der Reichseinheit den Bogen nicht überbieten dürfe. In Ententeverträgen sei man der Ansicht, daß sich seit Spa die Gefahr des Bolschewismus in Bayern verringert, da der Einwohnerwehr aber vergrößert habe.

Bayern — das sei das Endergebnis — werde ein Kompromiß vorschlagen müssen, um die Auflösung der Einwohnerwehr zu verhindern. Dieses Kompromiß werde in bestimmten Vorschriften bestehen müssen, die Bayern der Reichsregierung für die Entente zu unterbreiten habe. Die Grundlinien, nach denen man sich eine Lösung in Ententeverträgen vorstellen, seien die, daß die Einwohnerwehr dezentralisiert und die Zahl der Wehrleute festgelegt werde. Die Entente werde sich kaum darauf verstehen, daß die gesamte Einwohnerwehr bis zu einem bestimmten Datum entwaffnet sein müsse, vielmehr werde sie ein Kompromiß voraussetzen, dahingehend, daß die bayerische Einwohnerwehr in den oben angezeichneten Grenzen zu nächst auf sechs Monate weiter bestehen und nach Ablauf dieser Frist die ganze Frage der Gegenstand neuerlicher Verhandlungen werden sollte.

Der in München weitestgehend Chef der britischen Militärkommission in Berlin, General Malcolm, hat außer dem Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren, Escherich, auch den Führer der bayerischen Mehrheitsfraktion, den Landtagsabgeordneten Ehrhard Auer, zu sich in das Regina-Hotel eingeladen, um sich in der Frage der Einwohnerwehr auch über den Standpunkt der sozialistischen Arbeiterschaft zu informieren. Ueber den Inhalt und Verlauf der Unterredung von Herrn Auer abmachungsgemäß seinerlei Mitteilung in die Öffentlichkeit gegeben, doch ist der Standpunkt seiner Partei bekannt und bei der letzten parlamentarischen Aussprache formuliert worden. Dieser Standpunkt ist nicht grundsätzlich ablenkend, doch der normale Minister Auer der erste Antrag eines bewaffneten Selbstschutzes in Bayern gewesen und damit sozugen der Vater der bayerischen Einwohnerwehren geworden. Auch die Mehrheitsfraktion der Partei hat gegen die Zusammenkunft und Handhabung der bayerischen Einwohnerwehr in ihrer jetzigen Gestalt schwere Bedenken und verlangt vor allen Dingen, daß die Regierung klar auch diese Frage von Reichsinteressen einordnet und ihre Regelung mit den Verpflichtungen von Spa in Abereinstimmung bringt. Zweifellos hat Auer den englischen General auch in diesem Sinne informiert. Es ist nun auch der bayerische Generalkommissar mit diplomatischen Vollmachten, Hofrat Dr. Seeb, von Berlin in München eingetroffen und wird dem Ministerpräsidenten v. Rahr seine Aufwartung machen.

Nach einer eigenen Drahtnachricht aus München hat der Chef der britischen Militärkommission, General Malcolm, gestern Abend mit dem Schenkung die Rüderte nach Berlin angetreten. General Malcolm hat erklärt, daß er eine Stellungnahme zu der Frage der bayerischen Einwohnerwehren seiner Regierung vorbehalten müsse und daß er sich nicht persönlich dazu äußern wolle. Eine amtliche Mitteilung in der Frage der Einwohnerwehren ist bisher noch nicht erfolgt. Die amtliche bayerische Staatszeitung bemerkt aber, daß die Mitteilung der „Münchener Zeitung“, nach der Bayern der Reichsregierung ein Kompromiß für die Entente werde vorschlagen müssen und nach dem die Wehren dezentralisiert und kontingentiert werden und in dieser Form bis zu bestimmten Verhandlungen nach sechs Monate weiterbestehen sollen, auf guten Informationen beruhe und die Grundzüge der Neuregelung richtig darstelle.

Die „Bayerische Staatszeitung“, meldet weiter, daß die Reichsregierung die Note des Generals Malcol über die Einwohnerwehren vom 12. Oktober d. Js. demnach mit einer Note beantwortet werden. Die Reichsregierung wird in ihrer Antwortnote insbesondere auf

die bayerischen Verhältnisse eingehen und die Bedenken, die von der bayerischen Regierung gegen eine im jetzigen Zeitpunkt vorzunehmende Entwaffnung der Einwohnerwehren vorgebracht wurden, zur Geltung bringen.

Ob diese Nachrich nicht sehr zugunsten der Einwohnerwehren gerichtet sind, bleibe dahingestellt. Wir fühlen uns verpflichtet, sie wiederzugeben, weil sie immerhin die vorhandenen Schwierigkeiten betreffen. Da die Dinge noch im Fluss sind, wollen wir mit unserem Urteil über den Wert und die Gefahren der Zentralisierung oder Dezentralisierung der Einwohnerwehren, die wir als ausschlaggebend betrachten, noch zurückhalten.

### Die Lieferung der Milchkuhe.

Die Pariser Verhandlungen wegen der Milchkuhe sind dem „Berl. Tagbl.“ zufolge abgeschlossen, aber noch nicht formell erledigt. Hr. Albert Dubois erklärte, daß der Abschluß gleichzeitig mit der Übergabe der Ausführungsbestimmungen am Freitag erfolgen sollte. Den französischen Fernen wurde der Dank für ihre Arbeit ausgesprochen, die zu einer Einigung geführt habe.

### Ein Aufruf fast sämtlicher Parteien an die Landwirtschaft.

Ein von den Landwirtschaftlichen Abgeordneten der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutsch-Bannoverschen Partei, der Demokratischen Partei, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes unterschriebener Aufruf fordert die Landwirte auf, sich dafür einzusetzen, daß der Welt der Zwangswirtschaft ordnungsmäßig durchgeführt werde, um so die Möglichkeit eines nötigen Aufschubes in absehbarer Zeit zu sichern. Entsprechend wurden die Landwirte ersucht, der gesetzlichen Ablieferungspflicht zu genügen, andererseits wird aber auch die Reichsregierung aufgefordert, die Landwirte gegen diejenigen zu schützen, die sie verlassen oder durch Drohungen zu nötigen suchen, die noch bestehenden Verordnungen zu umgehen.

### Die Einziehung des Notopfers.

Der erste Ausschuß des Reichstags zur Vorbereitung von Steuerfragen hielt am Dienstag eine Sitzung ab, um den Gesetzentwurf über die beschlossene Erhebung des Reichsnotopfers und die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zu besprechen.

Als Berichterstatter wurde Abg. Dr. Helfferich (Dn.) bestellt, auf dessen Anfrage ihn der Reichsfinanzminister Dr. Richter sich über die Motive des Gesetzentwurfes aussprach. Im Hinblick auf die Erhebung der Einkommensteuer durch Gehalt und Lohnabzug scheint es erbringlich auf im Hinblick auf die Stimmung der breiten Massen des Volkes, daß der Besitz eines Teil seines Vermögens des Reiches der Allgemeinheit, bestmöglichst, opfere. Auch aus politischen Motive erwähnte der Minister.

Dr. Helfferich schlägt eine Reihe von Modifikationen vor und beantragt, die Notopfererhebung folgendermaßen zu regeln:

„Das Reichsnotopfer ist zu einem Drittel in zwei gleichen Teilbeträgen zu entrichten, deren erster einen Monat nach Erteilung des Steuerbescheides und deren zweiter sechs Monate später fällig ist, jedoch nur, wenn das Vermögen des Abgabepflichtigen aus barem Gelde, Guthaben mit höchstens sechsmonatiger Kündigung, Schuldverpflichtungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen des Reiches oder dergleichen besteht. Der zu entrichtende Betrag ist auf Antrag zu ermäßigen, wenn die Entrichtung des vollen Drittels die Einstellung oder wesentliche Einschränkung des Betriebes oder die Beeinträchtigung des Unterhalts zur Folge haben würde. Gegen die Ablehnung des Antrags ist Beschwerde zulässig.“

Abg. Becker-Spellen (D.Fp.) äußert ebenfalls Bedenken über die Wirkungen des Notopfergesetzes. Es ist unklar, ob die deutsche Wirtschaft die ihr auferlegte Last tragen könne. Steuerpolitik dürfe nicht losgelöst von der Wirtschaftspolitik betrieben werden. Diejenigen, welche das Notopfer leicht zahlen könnten, sollten dazu gebracht werden, nicht aber jene, welche die dafür nötigen Gelder aus ihrer Wirtschaft herausnehmen müßten. In dieser Beziehung bleibe er auf dem Boden des Notopfergesetzes.

Der Finanzminister ging auf die Kritik der Vorredner ein und bemerkte, daß er die Sparmaßnahmen im Reichshaushalt mit Nachdruck vertrete. Er müsse im Namen der Regierung bitten, ihm die Möglichkeit erhöhter solcher Maßnahmen zu lassen. Es sei unmöglich, den Etat ferner noch zu bilanzieren, wenn die Ausgaben aller Art auch durch Lohn- und Gehaltsforderung stets gesteigert, also neue Einnahmen

nicht geschaffen werden. Den Kritikern der Vorlage stellt der Minister ein Gutachten des Finanzpolitikers und Industriellen Müller-Zulda entgegen, in dem u. a. gefaßt ist, daß die Tendenz des vorliegenden Gesetzentwurfes voll zu billigen sei, jede Abschwächung des Entwurfes vermieden werden müsse und vielmehr die Vorfahrt über die Zahlungsung vorzuziehen sei.

Abg. Bernburg (Dem.) verkennt nicht die Schwierigkeiten, in welcher sich die Finanzverwaltung befindet. Sticht Steuermaßnahmen sollten den Verluste unternehmen werden. Die deutsche Wirtschaft zu leben. Die Vorrichtungen des Entwurfes seien für diejenigen hinsichtlich, welche die erforderlichen Beiträge aus der eigenen Wirtschaft herausgeben müßten. Der Finanzminister sei auf die wirtschaftliche Seite der Frage wohl deshalb nicht eingegangen, weil die Vorlage von der Seite aus nicht begründet werden könne. Man könne auch jetzt nicht ein neues Gesetz erlassen, weil nicht alles das, was befaßt sein sollte, noch nicht befaßt sei. Das läge mehr am Steuerapparat. Auch den Antrag Dr. Helfferich halte er für notwendig, doch hoffe er einen Weg zu finden, der das Ziel der Finanzverwaltung erreichen lasse. Vorwurf es ankomme, sei die größere Sparmaßnahme im Reichshaushalt, eine erhöhte Produktion, namentlich der Landwirtschaft, sowie eine Revision des Friedensvertrages.

Abg. Dr. Lunz (Dem.) fragt an, ob bei der ungeheuren wirtschaftlichen Bedeutung der Vorlage der Reichs- wirtschaftspartei darüber gehört worden sei, und stellt fest, daß die Deutschnationalen Partei ursprünglich sogar eine größere Veränderung des Gesetzes beantragt hätte, als jetzt vorgetragen ist. Das Reichsnotopfer hätte danach, in kurzer Frist, eingezogen werden müssen. Die Steuererhebung von damals seien nach guten Grundbegründen gestaltet, und auch die Steuerorganisations könne für Mängel aus den Zeitverhältnissen heraus nicht verantwortlich gemacht werden. Das ursprüngliche wohlbedachte Gesetz über das Reichsnotopfer solle ausreicht werden, die Anträge der Deutschnationalen abgelehnt werden.

### Hovenstein über die Finanznot Deutschlands.

Dr. Hovenstein, 1. Dez. (Drahtnachricht). In seinen Ausführungen im Steuer Ausschuss des Reichstages erklärte Reichsbankpräsident Hovenstein u. a.: Die Weltpreise sind gegenüber dem Frieden um etwa das Dreifache gestiegen. In Deutschland betrage die Preissteigerung etwa das Neunfache, gemessen an der Einheit unseres Geldes. Die deutschen Preise sind also etwa zwei- bis dreimal so hoch als die ausländischen. Unsere Wälu ist jedoch härter gefallen als unsere Preissteigerung ausmacht. Die Wälu beträgt gegenüber dem Dollr ein Sechstel, gleich etwa 6 Pfennige. Wenn unsere Preise den ausländischen Preisen auf der Basis unserer jetzigen Wälu sich näherten, würde etwa eine 30 fache Preissteigerung gegenüber dem Frieden die Folge sein. Dabei würden wir österreichischen und russischen Verhältnissen aus nähern und in einem oder zwei Jahren am Ende unserer Volkswirtschaft zu befinden. Stürze als die Preissteigerung auf der Weltumlauf in Deutschland gestiegen. Die Stärke der stehenden Schuld sei vor allem durch die Belastungsnoten bedingt, die für die englische Belagerungsarmee nach europäischen Mitteilungen auf etwa eine Milliarde Papiermark, für die amerikanische auf 0,6 Milliarden Papiermark und für die französische und belgische Wälung auf 4 bis 5 Milliarden Papiermark monatlich zu schätzen sei. Gegen die steigende Papiermark seien durchzuführende Maßnahmen erforderlich, wenn der Reichskredit, der allein unsere Wirtschaft nicht aufrecht erhält, nicht erschöpft werden soll. Als wirksamste Finanzmaßnahme habe die Reichsbank schon seit Monaten eine Zwangsanleihe ins Auge gefaßt, die in Kombination mit dem Reichsnotopfer gebracht werden müßte. Durch sie würde das uns verloren gegangene Vertrauen des Auslandes am ehesten wieder gewonnen. Da die Zwangsanleihe vom Reichsstatistik nicht genehmigt sei, müsse die Vorlage über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers ohne wesentliche Abänderung Geckel werden, wenn die finanzielle Not nicht einer Krise gütlichen solle.

### Die Beamtenbesoldungsfrage.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung einer einflussreichen Regierung der Beamtenbesoldung zugegangen. Danach sollen die Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften — von Ausnahmen abgesehen — die Dienstbezüge ihrer Beamten und Lehrer nicht geringere Regeln in diesen, als sie für gleichwertende Reichsbeamte geregelt sind.

Das Gesetz verfolgt einen doppelten Zweck: Es soll Vermeidung in die Beamtenhälften tragen und das Reich, die Länder und die übrigen Gemeinden vor unerträglicher finanzieller Belastung schützen.



**Sich bekannt hat.** Zur transpazifischen Kohlenangelegenheit steht Metzner dem Reichstag seine Ausführungen nach dem Sinn entgegen. Sie habe nur die Tätigkeiten genannt, die sich mit der transpazifischen Angelegenheit zum einen nicht durchführen lassen. Metzner schlägt vor, um sich nicht mit dem Reichstag darüber zu beschäftigen, sondern sich nicht zu äußern zu lassen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Vogt (Soc.) vertagt das Haus die Weiterberatung auf morgen mittags 12 Uhr. (Schluß 6¼ Uhr.)

### Preussische Landesversammlung.

55. Sitzung. Mittwoch, 1. Dezember, 1 Uhr nachmittags.

Der Ergrünungsrat, der die Verordnungsarbeiten enthält, die durch Übertragung der Militärgeschäftsarbeiten auf die Bürgerwehr erledigt werden können, wird ohne Erörterung dem Ausschuss überwiesen und jedermann die Beratung des Entwurfs der Bauverwaltung gestattet.

Abg. Klotz (Soc.) empfiehlt einen vom Zentrum mit Unterstützung sämtlicher Parteien eingebrachten Antrag, der die Regelung und die Vertheilung des Auszubehringens zur Schiffbauverwaltung der Ruhr auf das Zollamt dazu zu übertragen und dem Zentrum zu übertragen, Klotz bittet, auch um Annahme des Zentrumsantrages, die Regierung zu erlauben, dahin zu wirken, daß die Reichsverwaltung die Schiffbauverwaltung der Ruhr unter Ausnützung der starken Wasserkräfte dieses Flusses für Elektrizitätserzeugung halbmäßig ausübt.

Abg. Hebeim (Dem.): Will der Aushub der Wasserstraßen auf den Rhein am April 1920 nicht mehr auch die persönliche Übernahme auf des Reiches Rechnung. Gelassen wird die Beantwortung des preussischen Beamten, so löst man daraus leicht konkrete Entschlüsse. In der Westfälischen Schleswig-Holstein sind große Veränderungen im Gange und auch in Ostpreußen ist die Arbeit am Wasserstraßen Kanal wieder aufgenommen worden. Die Verhältnisse des ostpreussischen Kanals über Elberfeld bis Aachen ist dem Reich zu erkennen. Die Erweiterung um den Rhein und Ostpreußen muß verbleiben, denn Ostpreußen muß zum Ausfluß nach Ostsee kommen.

Mitglied Dr. Fischer: Die Arbeitslosigkeit ist erschwerender nicht in dem Maße geworden, als wir es vor Monaten vernahnten. Die Einwirkung von Reich und Provinzen tritt sich nicht so stark bemerklich entgegen. Die Erweiterung um den Rhein und Ostpreußen muß verbleiben, denn Ostpreußen muß zum Ausfluß nach Ostsee kommen.

den durch Püngebebe Auslassungsbestimmungen ergänzt werden.

**16. Dr. Hehrle (Ztr.):** Das neue Automotorschiff und die Bauverwaltung muss verbleiben. Keine hätten mit der Landesverwaltung beschäftigt werden müssen. Klotz des Ministers ist es, Klotz und Cronung zuzugewandten wagen uns nur bezüglich der Energie leisten kann. Die neue Schiffbauverwaltung muss überlassen werden. Die Reichsregierung muss einwilligen. Die Reichsregierung muss einwilligen. Die Reichsregierung muss einwilligen. Die Reichsregierung muss einwilligen.

### Falle und Umgegend.

**Die schwebendsten Ausfahrungen in Prag.**

haben, wie mitteilt, den Hofkanzler deutscher Art an unfernter Unterseite zu einer Resolution veranlaßt. U. a. habe man sich umzusehen an drei deutschen Bräuer an der Reichsregierung nach Berlin zu senden. Vom Auswärtigen Amt ist darauf folgender Bescheid in der Reichsregierung eingegangen:

Die Reichsregierung weißer unverantwortlicher. Die Reichsregierung weißer unverantwortlicher. Die Reichsregierung weißer unverantwortlicher. Die Reichsregierung weißer unverantwortlicher.

### Polnische Banditen.

Zwei edle Polen im Alter von 23 und 20 Jahren, die Arbeiter Kover Kowalsky und Antoni Kowalsky, wie viele ihrer Landsleute eine weitere Verlegung für uns, hatten seit Mai nicht gearbeitet, sondern sich in Morburg und Umgegend herumgetrieben, wie sie ohne weiteres einwandern. Sie wollen teilweise von ihren Geldern leben haben, die nach ihrer Angabe seit jedem 100 Mark betragen haben sollen. Sie waren nun angehalten, in Morburg und Umgegend herumgetrieben zu werden und wurden zu beiden, aber letztendlich 300 Mark betragen haben sollen. Dann waren sie, fünf Mann hoch, nach Glesau gefahren in der ansonsten ersten, dort zu bleiben. In Glesau wurde die Bande kinnommen, wobei ein Polizeibeamter erdolcht worden war, weswegen noch ein Strafverfahren, zwei andere die für nur wegen dem gewöhnlichen Gewaltverbrechen zu verurteilt, wofür das Gericht, eben zu acht Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilte, auch wurde auf Zubehörligkeit der Polizeibehörde sowie auf fünfjährigen Ehrenverwehr erkannt. Die Geldstrafe und ein Monat Gefängnis wurde als auch die Unterzuchungsakten verbleibt erachtet.

**Recht 25-Mark-Stücke.** Die Verurteilung von 25-Mark-Münzen ist von den Münzverwaltung nicht geplant, da die neuen 50-Mark-Stücke noch ihre geringen Metallwertes von 16 Pfennig ausdauern gehalten werden und neue Münzen in geringem Betrage das gleiche Geldstück ersetzen können. Die seit 1. Oktober 1919 geprägten 50-Mark-Stücke (für 78.000.000 Mark) sind fast purullos verbleiben. Es werden jetzt monatlich 13 Millionen Wert 50-Mark-Stücke geprägt, und gleichwohl wird über Kleingeldmangel geklagt. Voller liegen die Verhältnisse bei den 10-Pfennig- und 5-Pfennig-Stücken, aber auch sie sind verhältnismäßig nicht mehr selten, als es zu erwarten war.

Der Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei führt zu dem am Donnerstag abend 8 Uhr im Reichstag, 'Schultheil', Morburg, Str. 10, stattfindenden Mitglieder-Versammlung. Die Tagesordnung lautet: 1. Mitteilungen. 2. Vorträge: Das Nationale der Demokratie. (Referent: Herr Generalleutnant Dornhöft.) 3. Beschlüsse. (Anträge: ...)

### Provinzial-Nachrichten.

Ein Fall von Diebstahl. Ein Fall von Diebstahl. Ein Fall von Diebstahl. Ein Fall von Diebstahl.

**Portragende Räte (Soc.)** sind sich die Oberzuchungsamtsumme, die Majors, wie folgt, bei Nr. 54 mit den Räten 4. Klasse, zu dem die Gemeindefunktionäre, die Regierungen, Landgerichts-, Amtsgerichtsräte, Landgerichtspräsidenten, Geheimen Regierungen- und Regierungsräte bei den Provinzialbehörden, die Geheimen Kulturräte, die Landräte und die öffentlichen Unterrichtsprofessoren gehören. Männer der Wissenschaft, wie Prof. Dr. Herrmann, Franz von Dittmar, Hans Delbrück, Ballinger, Reine, Hertwig, Weggenberger, Feind und Löffel, konnten nach der Hofanforderung bis jetzt hinter jedem Oberzuchungsamt zu bleiben, der in Anzucht, Anzucht über die Stelle ein Bescheidungsleiter. Die Häuser der großen deutschen Städte Königsberg, Danzig, Stettin, Halle, Magdeburg usw. waren in der Hofanforderung nicht ausdrücklich platziert, doch mußte man, daß sie, um 56. oder 57. Lebensjahre herum anlangt, mit dem 1. d. d. Geheimen Regierungsrat das Recht erhielten, sich den Räten 4. Klasse zuzuschließen!

Kaiser Wilhelm II. hat nun allerdings verschiedene ganz hervorragende Gelehrte zu Wirklichen Geheimen Räten mit Exzellenzprädicat befördert und auch einen Rater, nämlich Adolf Wenzel, nicht nur zur Exzellenz ernannt, sondern ihm sogar den schwarzen Adlerorden verliehen. Außerdem hat er als erster einen Handwerker, den Schmiedemeister Max von Hammer, ins Ehrenhaus berufen. Je dem hat Max von Hammer, ins Ehrenhaus berufen. Je dem hat Max von Hammer, ins Ehrenhaus berufen. Je dem hat Max von Hammer, ins Ehrenhaus berufen.

**2. Entwurf, 1. Des. (Waldung der Erntebesitzer.)**

Die Verhältnisse der Erntebesitzer der Erntebesitzer. Die Verhältnisse der Erntebesitzer der Erntebesitzer. Die Verhältnisse der Erntebesitzer der Erntebesitzer.

**6. Entwurf, 1. Des. (Waldung der Erntebesitzer.)**

Die Verhältnisse der Erntebesitzer der Erntebesitzer. Die Verhältnisse der Erntebesitzer der Erntebesitzer. Die Verhältnisse der Erntebesitzer der Erntebesitzer.

### Vermischtes.

**Die gefährlichen Weihnachtstheben.** Die 'Republik' Neustadt bei Berlin scheint sich sehr für zu glauben; denn die kempfen gegen alle möglichen Dinge. 'Notgebraten' hat die Neustädter Räte die Schulverwaltung war den Kindergarten die Abhaltung von Weihnachtstheben gestattet, jedoch die Einübung von Weihnachtstheben verboten. Armes Neustadt, arme Kinder!

Die neuen Weltverhältnisse. Der Weltkonferenz hat die Konvention des Weltkonferenzen angenommen, nach der der internationale Tarif auf 50 Cent imes für den Brief, auf 30 Cent für die Postkarte und auf 10 Cent für die 50 Gramm Drucksachen, Geldpostkarte und Telegramm festgesetzt wird.

Die neuen Weltverhältnisse. Der Weltkonferenz hat die Konvention des Weltkonferenzen angenommen, nach der der internationale Tarif auf 50 Cent imes für den Brief, auf 30 Cent für die Postkarte und auf 10 Cent für die 50 Gramm Drucksachen, Geldpostkarte und Telegramm festgesetzt wird.

**Was um 20 m verdient wird.** Ein Beispiel für die gemachten Gewinne der Industrie liegt aus Frankreich vor. Wie schon gemeldet, ist dort Charles Pathé kürzlich aus der Reichsversammlung ausgeschieden. Er hat sich aber eine jährliche Rente ausbezahlt, die nicht weniger als zwei Millionen Francs pro Jahr beträgt.

Aus dem Tage geschicklich ist zwischen Reich und Provinz ein Vertrag über die Reichsversammlung abgeschlossen worden, das auf 1919 geschickt ist darauf zurückzuführen, daß die Provinzen nur angeordnet wurden. Das Reich ist seinen Verleihen ergeben. Wo Verbleib?

Der 'Kultur-Wochen' mit 'Kultur-Einlagen' ist das neueste in Gange.

### Letzte Depeschen.

**Telegraphische Eszindakt der 'Soc. Zeitungs'.**

**Die Gefangenschaft an der Arbeit.**

Paris, 1. Des. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die 'Denkmal' das parlamentarische Komitee enthält, hat die Literatur ein allgemeines Arbeitsamt eingeleitet. Die Arbeit ist ein allgemeines Arbeitsamt eingeleitet. Die Arbeit ist ein allgemeines Arbeitsamt eingeleitet.

### Der Übergang deutschen Besitzums an Dänemark.

**Ropenhagen, 1. Des. (Eig. Drahtnachricht.)** Die Pariser Verhandlungen über den Übergang der norddänischen Staats- und ehemals kaiserlichen Besitztümer an Dänemark und die von Dänemark zu zahlenden Beträge haben mit der Anerkennung des deutschen Standpunktes gubend. Nicht die Sätze von 1914 sondern die jetzt geltenden Grundstückspreise sollen zu Grunde gelegt werden.

### Strome polnische Wünsche.

**Paris, 1. Des. (Eig. Drahtnachricht.)** Der Präsident der polnischen Delegation in Paris, Katowski, wird demnach nach London reisen, um mit der englischen Regierung in Verhandlungen über das Abstimmungsregime für Oberschlesien einzutreten. Katowski wird in London dafür einwirken, daß den außerhalb Oberschlesiens weilenden Oberschlesier das Abstimmungsrecht nicht zugesprochen werde. Bei der bekannten Haltung der englischen Regierung in Sachen der ober-schlesischen Abstimmung darf aber ohne weiteres angenommen werden, daß Herr Katowski bei Lord George wenig Geneigte für seinen Plan finden wird.

### Verschiebung der amerikanischen Freieresolutions.

**New York, 1. Des. (Eig. Drahtnachricht.)** Während nach einer bisher unüberprüften gebliebenen Meldung am 6. Dezember die Resolution Knox über die unzureichliche Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland im Senat zur Sprache kommen sollte, wird jetzt in Washington politischer Kreise, die dem Weisen Hause nahesteht, der Annahme Ausdruck gegeben, daß der Senat in der kurzen Dezemberferien zur Freieresolutions keine Stellung nehmen wird, da unter allen Umständen mit einem Sachstande in 1919 zu rechnen ist. Man glaubt jedoch, daß die Freieresolutions im Senat in der nächsten Sitzung des Präsidentenrat durch Senatoren, die als die Freieresolutions im Senat zur Verhandlung kommen wird.

**Präsidentenrat, Eigen aber mit der Qualität des Reichs...**

Präsidentenrat, Eigen aber mit der Qualität des Reichs...

